

**Rede zur Einbringung des Haushalts  
der Stadt Gummersbach für das Jahr 2014  
anlässlich der Ratssitzung vom 17.10.2013**

**Bürgermeister Frank Helmenstein**

**(Es gilt das gesprochene Wort!)**

---

Liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher,  
sehr verehrte Stadtverordnete,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

**„Was ich hier sehe, ist ein Muster für erfolgreiche Stadtentwicklung.“** Mit diesen lobenden Worten kommentierte der nordrhein-westfälische Städtebauminister Michael Groschek am 29. Juli 2013 seinen Informationsbesuch in Gummersbach.

In der Tat konnten wir in diesem Jahr deutlich spüren: Es hat sich gelohnt, Herausforderungen mutig anzunehmen, Chancen gemeinsam zu erarbeiten, konsequent zu nutzen und dabei auch außergewöhnliche Wege zu gehen.

Zahlreiche **städtebauliche Meilensteine** konnten wir im Sommer 2013 feiern: beispielsweise die Fertigstellung unseres neuen Kultur- und Veranstaltungszentrums, der **Halle 32**, die Einweihung des **Heiner-Brand-Platzes**, die lang ersehnte Eröffnung der **Schwalbe-Arena** sowie den Spatenstich zur

Errichtung eines innerstädtischen **Einkaufszentrums** auf dem Steinmüllergelände.

Und es sind nicht nur die sorgfältigen Planungen und die erfolgreichen Eröffnungen, die mich für die Zukunft unserer Heimatstadt zuversichtlich stimmen. Es ist wirklich ein gutes Stück **Aufbruchstimmung** unter den Gummersbacherinnen und Gummersbachern spürbar, was ich aus zahlreichen Gesprächen z.B. am Tag des offenen Gewerbeparks Sonnenberg (15. Juni), dem Projekttag auf dem Steinmüllergelände (15. September) oder anlässlich des Bürger-Treffs am vergangenen Freitag (11. Oktober) erfahren durfte. Mittlerweile findet unser erfolgreicher Stadtumbau mit seinen innovativen Leuchtturmprojekten große Resonanz auch weit über das Rheinland hinaus.

Besonders erfreulich ist außerdem, dass sich diese positive Entwicklung in unserer Kasse bemerkbar macht, zumindest was die Einnahmeseite und hier vor allem die Entwicklung der Gewerbesteuer betrifft. Ohne Aufbruchstimmung auch in der lokalen Wirtschaft, bedingt u. a. durch die erfolgreiche Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen und der intensiven Betreuung von Unternehmen am Ort, wären selbst bei guter Konjunkturerwicklung keine **Rekordergebnisse im Gewerbesteuer-aufkommen** der Stadt nunmehr im vierten Jahr in Folge zu verzeichnen.

Sieht man das riesige Investitionsvolumen allein des Steinmüllergeländes und der erheblichen Eigenmittel, die die Stadt neben deutlicher Bundes- und Landesförderung aufbringen muss, ist es übrigens bemerkenswert, dass es gleichzeitig gelingen konnte, die Verschuldung der Stadt in den letzten 10 Jahren um 12 Mio. EUR zurückzufahren!

Umso bedauerlicher ist es demgegenüber, dass es bislang nicht zu einem strukturellen Haushaltsausgleich der Stadt kommen konnte, sondern dass wir immer wieder Millionen-Defizite in der Haushaltsplanung ausweisen und überwiegend auch in den Jahresergebnissen feststellen mussten.

Woran liegt es, dass eine im Kern gesunde und prosperierende Stadt den Turnaround bei den Finanzen nicht schafft?

Eine recht einfache, aber überzeugende Begründung für das Grunddilemma kommunaler Finanzentwicklung bietet ein Ausspruch von Friedrich Dürrenmatt: „Das Rationale am Menschen sind die Einsichten, die er hat, das Irrationale an ihm ist, dass er nicht danach handelt.“

Ja, so simpel kann es sein: Jeder in diesem Staat weiß, dass wir über unsere Verhältnisse leben, dass zur Gesundung der Staats- und Kommunalfinanzen Zurückhaltung bei neuen Aufgaben und Ausgaben angesagt und eine Haushaltskonsolidierung auf allen Ebenen erforderlich ist.

Schaut man sich aber das Agieren von Politikern in Bund und Land in seinen Konsequenzen gerade auf die Kommunalfinanzen an, bleibt mit Befremden festzustellen, wie beharrlich die Entscheidungsträger übergeordneter staatlicher Instanzen bei der Setzung neuer Leistungsstandards auf Kosten der Kommunen immer noch unterwegs sind.

So werden alle Erfolge der Kommunen bei der Haushaltsanierung konterkariert und die kommunale Selbstverwaltung weiter ausgehöhlt.

Das Gros aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen kommt so selbst in steuerstärksten Zeiten nie auf einen grünen Zweig.

Negativ ins Gewicht fällt zudem eine Systematik der Gemeindefinanzierung, die eindeutig und nachweislich die Kommunen im ländlichen Raum gegenüber den Großstädten deutlich benachteiligt. Wenn die „Ärmsten der Armen“ in besseren Steuerjahren noch nicht einmal mehr Anspruch auf Schlüsselzuweisungen haben und damit der Zustand der Haushaltssicherung zementiert wird, **stimmt das System des Gemeindefinanzausgleichs schlechterdings nicht mehr!**

Auch die Stadt Gummersbach ist dem Schicksal der „Abundanz“ für 2014 nur knapp entronnen, weil für 2014 deutlich mehr Geld im Gemeindefinanzausgleich wegen der hohen Steuereinnahmen des Landes ist und die Zahl der nicht schlüsselzuweisungsberechtigten Kommunen zugenommen hat. Nur

deshalb bekommen wir im Stärkungspakt überhaupt noch Schlüsselzuweisungen.

Dass wir immer mehr Aufgaben mit immer weniger Geldzuweisungen zu leisten haben, ist nicht neu. Neu ist aber jetzt, dass wir trotz deutlich mehr Geld im GFG-Topf durch zwei ganz aktuelle Entwicklungen noch weiter „gebeutelt werden sollen“:

Zum einen durch ein in sich **höchst fragwürdiges Verfahren** zur Feststellung der neuen Einwohnerzahlen in Nordrhein-Westfalen durch den **Zensus 2011**, was für die überwiegende Anzahl der Kommunen erhebliche, auch **finanziell nachteilige Folgen** hat. Der „Verlust“ von über 1.300 Einwohnern würde beispielsweise für Gummersbach – gerechnet auf der Basis des GFG 2013 – netto über 400.000 EUR Verlust an Schlüsselzuweisungen bedeuten; ein erheblicher Rückschlag für unsere Konsolidierungsbemühungen.

Zum anderen durch die vom Landeskabinett beschlossene und wahrscheinlich demnächst in Gesetzesform gegossene Teilumsetzung des sog. FiFo-Gutachtens zur Gemeindefinanzierungssystematik. Hiernach sollen gerade für Kommunen im ländlichen Raum wichtige Zumessungsfaktoren für die Mittelzuteilung deutlich reduziert werden – teilweise sogar über die gutachterlichen Empfehlungen hinausgehend!

Dies obwohl jüngst ein Gutachten des Städte- und Gemeindebundes das Auseinanderdriften in der Finanzausstattung

zwischen kreisfreien Städten und dem ländlichen Raum verfassungsrechtlich kritisiert hat. Demgegenüber wurden für uns positiv wirkende Vorschläge – wie die Absenkung des sog. fiktiven Hebesatzes bei der Gewerbesteuer vorerst nicht berücksichtigt. Und dabei geht es schnell um sechs- bis siebenstelligen Beträge!

Lediglich die von den Kommunen gegen das Land vor Gericht durchgesetzte Korrektur des Einheitslastenabrechnungsgesetzes wird bis 2019 für etwas Entlastung sorgen. Die genauen Beträge stehen allerdings noch nicht fest. Immerhin soll es für Gummersbach in diesem Jahr noch eine Rückzahlung von 890.000 EUR und wohl auch (Stand Anfang Oktober) für 2014 in Höhe von 1 Mio. EUR an Entlastung geben.

Trotz dieses gerichtlich erzwungenen Geldsegens aus der Einheitslastenabrechnung bleibt festzustellen: Auch in 2014 funktioniert der Haushaltsausgleich nicht!

Statt der in der laufenden Finanzplanung für 2014 vorgesehenen ca. 6,4 Mio. EUR Defizit werden wir trotz ordentlicher Steigerungsraten bei den Steuern mit einem Defizit von 11 Mio. EUR rechnen müssen. Auch der Sanierungsplan kann ohne zusätzliche Einsparungen und Steuererhöhungen in einem Umfang von ca. 1,0 Mio. EUR nicht ausgeglichen werden.

Es bleibt die Erkenntnis, dass erhebliche Kostensteigerungen im Sozial- und Jugendhilfebereich, die sich vor allem in steigenden Umlagebelastungen für Landschaftsverband und Kreis niederschlagen, aber auch die höheren Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst die kräftigen Einnahmезuwächse letztlich deutlich übertreffen.

Hierzu einige wesentliche **Eckdatenentwicklungen** unseres – in der Ausgabe – 108 Mio. EUR-Haushaltes für das Jahr 2014:

Auf der **Einnahmeseite** kalkulieren wir mit einem Plus von ca. 6 Mio. EUR, wovon auf **Steuern und Abgaben** 4 Mio. EUR entfallen.

Wesentlich hierbei ist die Kalkulation der Gewerbesteuer mit + 2,4 Mio. EUR auf über 37 Mio. EUR. Eine mutige Kalkulation, die aber durch die lang anhaltende, gute wirtschaftliche Entwicklung, bisherigen Rechnungsergebnisse sowie die Orientierungsdatenvorgaben des Landes gerechtfertigt erscheint. Eine Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer ist im Übrigen – anders als bei der Grundsteuer B – im bisherigen Sanierungsplan für 2014 nicht vorgesehen.

Eine **zusätzliche Einnahme** von 1 Mio. EUR ist einkalkuliert entsprechend der Mitteilung zur **Korrektur der Einheitslastenabrechnung** für das Jahr 2012. Ich gebe gerne zu, dass wir über die Höhe dieser Erstattung überrascht waren, es zeigt aber andererseits deutlich, wie sehr das Land unberechtigterweise in Vorjahren Mittel aus den Kommunen abgezogen hat! Unklar ist für uns noch, mit welchen Entlastungsbeträgen wir

für die Zukunft zu rechnen haben und wie gesichert diese in die Finanzplanung eingestellt werden können.

Den größten Verlust gegenüber der Finanzplanung für das Jahr 2014 müssen wir bei den **Schlüsselzuweisungen** des Landes feststellen. Von den kalkulierten 7,1 Mio. EUR bleiben aus unterschiedlichen Gründen ganze 3,4 Mio. EUR übrig.

Zum einen hatten wir in der Referenzperiode über 40 Mio. EUR Gewerbesteuerereinnahmen zu verzeichnen, die automatisch deutlich weniger an Schlüsselzuweisungen im Folgejahr bedeuten.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Schlüsselzuweisungen ist auch in dem bereits geschilderten Vorgehen zu sehen, dass das Land Teile der Vorschläge des FiFo-Gutachtens zum Finanzausgleich doch schon für 2014 umsetzen wird, leider gerade diejenigen, die für eine Mittelstadt im ländlichen Bereich wie Gummersbach nachteilig wirken. Gegenüber unserer bisherigen Finanzplanung fehlen damit aber ca. 3,7 Mio. EUR – ein wesentlicher Grund für das nochmals erhöhte Defizit 2014!

Wesentlicher Belastungsfaktor bei den **Ausgaben** ist für unseren Haushalt – seit Jahren mit steigender Tendenz – die **Kreisumlage**, hinter der sich natürlich auch eine ständig steigende Landschaftsverbandumlage verbirgt.

Sowohl der Landschaftsverband Rheinland wie auch der Oberbergische Kreis haben in diesem Jahr rechtzeitig Daten zur Haushaltsentwicklung auch für die Folgejahre vorgelegt.

Während der Landschaftsverband Rheinland die Rücknahme einer leichten Hebesatzsenkung für das kommende Jahr aus Gründen deutlich höherer Kostenbelastungen in Aussicht gestellt hat, will der Oberbergische Kreis zumindest den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage trotz Verschlechterungen im laufenden Haushalt und Rückzahlungsverpflichtung bei den Einheitslasten unverändert bei 42,82 % belassen. Das hört sich zunächst einmal gut an, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kreis über gestiegene Umlagegrundlagen immer mehr Geld von den Kommunen einsammelt. Falls die Vorstellungen der Kreisverwaltung vom Kreistag mitgetragen werden, müssten wir für 2014 „nur“ die eingeplanten gut 700.000 EUR mehr zahlen. Allerdings drohen für die Folgejahre ab 2015 abweichend von unserer bisherigen Finanzplanung höhere allgemeine Kreisumlagehebesätze und entsprechend nachzufinanzierende Belastungen von wiederum hohen sechsstelligen Beträgen!

Leider ist es nach wie vor Realität, dass der **Kampf um weitere Einsparungen weder beim Oberbergischen Kreis noch beim Landschaftsverband Rheinland auf dem Niveau der Nothaushalts- und Stärkungspaktkommunen geführt wird.**

So gibt es etwa beim LVR zwar durchaus weitgehende Einsparvorgaben im laufenden Haushalt seitens der Verwaltungsführung, gleichzeitig gönnt sich die Politik im Landschaftsverband aber ein Büro in Brüssel und beschließt die Mitfinanzierung der Archäologischen Zone in Köln, um nur zwei kleine Beispiele mit erheblichen Kostenauswirkungen zu nennen.

Der Kreistag sieht sich – entgegen den kommunalen Vertretungen – zu einer Verkleinerung und Kosteneinsparung nicht in der Lage. Zudem springt er auf viele nicht dauerhaft finanzierte und in ihrer Notwendigkeit fragwürdige Landesprogramme auf und baut gerade ein Schloss zu einem Kultur- und Tagungszentrum aus, das dem Vernehmen nach entgegen früheren Zusagen in den Betriebs- sowie Folgekosten nicht auskömmlich zu rechnen ist.

Die von den Aufsichtsbehörden in entsprechenden Haushaltsgenehmigungen geforderte Absenkung der Standards auch der pflichtigen Aufgabenwahrnehmung sowie der kritischen Durchdringung von Personal- und Personalkostenentwicklungen ist bei den Umlageverbänden eine noch zu leistende Aufgabe.

Um nicht missverstanden zu werden, die großen Haushaltsbelastungen bei Kreis und Landschaftsverband haben andere, nämlich Bund und Länder, zu verantworten. Trotzdem müßte noch mehr für die getan werden, die als letztfinanzierendes Glied in der Kette, wie unserer Kämmerer immer so schön sagt „den ganzen Kostenmüll“ zu finanzieren haben: die Kommunen. Ich denke, wir fordern nicht zu viel, wenn wir auf den Spar-

standards, die für uns gelten, solidarisches Mitsparen an der Schmerzgrenze einfordern!

Zweitgrößter Kostenblock in unserem Haushalt sind bekanntlich die **Personalkosten**, die in 2014 bei knapp 22,7 Mio. EUR liegen werden. Während wir es in den Vorjahren oft durch wirklich rigides Sparen und Stellenabbau im Wege natürlicher Fluktuation geschafft haben, Steigerungen möglichst zu begrenzen, gelingt dies bei den letzten überproportional hohen Tarifabschlüssen trotz Umsetzung weiterer Sanierungsplanmaßnahmen und etlicher Jahre zurückhaltender Personalwirtschaft nur unzureichend. Jedenfalls nicht ohne weitergehenden Personalabbau, der eine spürbare Reduzierung von Leistungen für die Bürgerschaft bis hin zur Schließung von Einrichtungen und ggf. betriebsbedingte Kündigungen zur Folge hätte.

Bislang waren wir gemeinsam der Auffassung, dass über die bereits erfolgten erheblichen Einsparungen auch im Personalsektor hinaus dies nicht der richtige Weg für die Stadt Gummersbach als attraktives, dynamisches Mittelzentrum sein kann. Zudem ist eine leistungsstarke und bürgerorientierte Verwaltung ohne einen vertrauensvollen Umgang mit ihrem Personal ausgeschlossen. Es kann nicht gelingen, tariflich bedingte Kostensteigerungen durch permanenten Stellenabbau auszugleichen. Jedenfalls dann nicht, wenn andere ständig für zusätzliche Beschäftigung im öffentlichen Dienst durch neue Gesetze und Vorgaben sorgen.

Die Gesetzgeber in Bund und Land sind hier in der Pflicht, entweder für Aufgabenentlastung und damit reduzierbare Personalkosten oder aber für eine angemessene Finanzausstattung zu sorgen. Mangels weitergehender Einsparpotentiale im Personalsektor – jedenfalls von Gewicht – müssen wir daher in 2014 mit Mehrkosten von 480.000 EUR kalkulieren. Dem stehen **Personalkostenerstattungen** in Höhe von insgesamt 1,76 Mio. EUR gegenüber.

Während die Kostensteigerungen im sozialen Bereich uns im Wesentlichen über die Kreisumlage einholen – der Kreis hat in seinem Nachtragshaushalt hierfür alleine Mehrkosten von 2,3 Mio. eingeplant -, finden die nach verhaltenem Anstieg in den letzten Jahren wiederum steigenden **Betreuungskosten im Jugendhilfebereich** direkten Niederschlag in unserem Haushalt.

Aufgrund deutlich steigender Fallzahlen werden hier Mehrkosten für 2014 bei 740.000 EUR erwartet!

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einen Blick auf die **Investitionsplanung** und auf die erforderliche Aktualisierung unseres Sanierungsplans.

Die für 2014 vorgesehenen **Investitionen** bleiben - auch dem Steinmüllergelände geschuldet - auf hohem Niveau mit 17,9 Mio. EUR gegenüber 20 Mio. EUR in 2013. Bei gut 12,7 Mio. EUR investiver Fördermittel verbleibt ein um ca. 400.000 EUR erhöhter Eigenmittelanteil von knapp 5,1 Mio. EUR. Da die vor-

gesehene Kredittilgung in 2014 etwas über diesem Betrag liegt, bleiben wir gerade noch unter dem Kreditdeckel, den uns im Stärkungspakt der Innenminister vorschreibt. Dieses Ergebnis war allerdings nur durch das Verschieben einiger investiver Maßnahmen möglich.

**Straßenausbau und Verkehrserschließung** haben mit 12,2 Mio. EUR bei erwarteter Förderung von 8,6 Mio. EUR den absoluten Schwerpunkt bei den Investitionen. Neben vielen kleineren, aber wichtigen Straßenbaumaßnahmen gehören hierzu die Fertigstellung des Ringschlusses, der Neubau des zentralen Omnibusbahnhofs sowie die geplante Neugestaltung der Fußgängerzone im Bereich Wilhelm-/Alte Rathausstraße.

Der **Schulbereich** folgt mit vorgesehenen Investitionen von knapp 1,8 Mio. EUR mit Sanierungsmaßnahmen der Grundschule Niederseßmar, der Realschule Hepel sowie dem Ausbau von Alarmierungseinrichtungen an Schulen. 1 Mio. EUR sind alleine im Jahr 2014 vorgesehen für den Umbau betreffend den Ganztagsbetrieb der Gymnasien einschließlich der Errichtung eines Erweiterungsgebäudes als Mensa und Freizeitbereich. Um ein Jahr verschoben werden musste wegen der strengen Auflagen im Stärkungspakt die Grundsanierung der Gesamtschule Derschlag, die für die Folgejahre ab 2015 aber mit geschätzten 2,5 Mio. EUR eingeplant ist.

500.000 EUR mehr als im vergangenen Jahr, nämlich knapp 1,1 Mio. EUR, sind für unsere **Feuerwehr** vorgesehen. Damit ge-

hen wir an die Grenze unserer Belastung in diesem Bereich. Vorgesehen sind schwerpunktmäßig 480.000 EUR für Kfz-Nachfolgebekleidungen, 160.000 EUR für die Digitalisierung des Feuerwehrfunks (die uns in Etappen insgesamt knapp 600.000 EUR kostet), eine in drei Schritten durchzuführende komplette Neubeschaffung von Feuerwehrsutzbekleidung (insgesamt voraussichtlich über 350.000 EUR), sowie die im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans und der Verringerung der Anzahl von Feuerwachen vorgesehenen notwendigen Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen von 220.000 EUR in 2014.

Ihr besonderes Augenmerk möchte ich auf notwendige Investitionen im Bereich des **Hochwasserschutzes** lenken. Hier sind für 2014 insgesamt knapp 1,3 Mio. EUR eingeplant, schwerpunktmäßig für die Vorflutsicherung Rospestraße, die Aufweitung von Durchlässen sowie Hochwasserschutzbehälter. Auch in den Folgejahren ist angesichts der immer öfter auftretenden Starkregenereignisse hier mit spürbar erhöhtem Aufwand in deutlichen Größenordnungen zu rechnen.

Zur erforderlichen **Fortschreibung unseres Sanierungsplanes**, der ja zeitgleich zum Haushalt 2014 bis spätestens Ende November in Beschlussform der Bezirksregierung vorzulegen ist, habe ich eingangs schon angemerkt, dass er mit ca. 1 Mio. EUR über dem spätestens für 2018 geforderten Haushaltsausgleich liegt.

Daraus folgt zwingend, dass für entsprechenden Ausgleich des verbleibenden Defizits gesorgt werden muss.

Nachdem wir im Jahr 2012 Haushaltsentlastungen über die Aktualisierung des damaligen HSK in der Größenordnung von 900.000 € und im laufenden Jahr im ersten Sanierungsplan ein-  
stimmig Entlastungen von 2,7 Mio. EUR für 2014 beschlossen haben, verbleibt ohne wirklich tief greifende Einschnitte in wichtige Leistungsbereiche der Stadt kein erhebliches Sparpotential mehr.

Wir haben uns im Verwaltungsvorstand und in der Haushaltskommission, über weitergehende Sparmaßnahmen, die uns noch verträglich erscheinen, Gedanken gemacht. Im Ergebnis können wir Ihnen unter den vorgezeichneten Voraussetzungen derzeit Sparpotentiale in einer weiteren Größenordnung von bis zu 110.000 EUR aufzeigen. Die dann noch verbleibenden ca. 0,9 Mio. EUR müssten im Wesentlichen durch weitere Steuererhöhungen, sei es bei der Gewerbesteuer und/oder den Grundsteuern, aufgebracht werden.

Gebührenerhöhungsspielräume sind demgegenüber durch ständige Anpassungen ebenfalls weitestgehend ausgeschöpft und haben auch nicht das Volumen, solche Defizite wesentlich auszugleichen.

Das Ergebnis der Beratungen der Haushaltskommission ist dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf beigefügt und wird bei entsprechender Beschlussfassung über den Veränderungsnachweis in die Planansätze des Haushalts 2014 eingearbeitet.

Soweit, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2014 und die anstehende Aktualisierung der Sanierungsplanung.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch ein paar kritische Anmerkungen zum „**Stärkungspakt**“. Er entwickelt sich leider immer mehr zum Ärgernis für alle Beteiligten.

Ich erinnere an das unter Mitwirkung des Landesbetriebs IT NRW missglückte Datenerhebungsverfahren, das über das Korrekturgesetz zum Stärkungspakt ohne Gewährung von Vertrauensschutz uns 1,1 Mio. EUR pro Jahr kostet – und letztlich über nicht vermeidbare Steuererhöhungen den Gummersbacher Bürger! Ich weise auf Drohungen hin, selbst die reduzierten Mittel nicht auszuzahlen, wenn man nicht innerhalb kürzester Zeit – bei ausgedünntem Personalbestand kaum leistbar – ausstehende Jahresabschlüsse nachreicht. Ich weise auf die von Anfang an erkennbare Unterfinanzierung des Stärkungspaktes hin, was nunmehr dazu führt, dass erheblicher Streit in die kommunale Familie getragen wird, soweit es um die sog. Solidarumlage für abundante Kommunen geht.

Bereits heute ist fraglich, wie denn der Stärkungspakt erfolgreich weiterbetrieben werden soll bei diesen Ausgangsbedingungen und vor allem dann, wenn erst einmal Konjunktur und Steuereinnahmen sich negativ entwickeln, was nur eine Frage der Zeit ist.

Liegt die gewollte Lösung dann in der Entsendung unzähliger Sparkommissare, die nichts anderes bewegen werden, als die Steuerschraube für die Bürger von Stärkungspaktkommunen in schwindelerregende Höhen zu treiben? Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass die betroffenen verantwortlichen Räte bereit sein werden, immer mehr Unmut der Bürger auf sich zu ziehen, um Probleme zu lösen, die Dritte ihnen eingebrockt haben und leider weiter verursachen.

Es müssen also schnell andere Lösungen her. Ich hoffe, dass die parteiübergreifend verabredeten Entlastungen durch Übernahme der Eingliederungshilfen durch den Bund möglichst rasch beschlossen werden. Aber auch der Gemeindefinanzausgleich im Land Nordrhein-Westfalen muss dringendst zugunsten der Kommunen im ländlichen Bereich verändert werden, damit wir noch halbwegs wettbewerbsfähig zu den Ballungsräumen bleiben und noch weitergehende demographische Verluste stoppen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
über **10 Jahre Stadtumbau** auf dem Steinmüllergelände sind eine **Erfolgsgeschichte**, die wir weiter zielstrebig voranbringen wollen und von der Gummersbach insgesamt enorm profitiert.

Die **Revitalisierung des Steinmüllerareals** kann sich im besten Sinne sehen lassen. Was in den vergangenen Jahren

gemeinsam erreicht bzw. auf den Weg gebracht wurde, haben wir Ihnen zuletzt anlässlich des diesjährigen Projekttagess ausführlich vorgestellt.

Aus gegebenem Anlass scheint mir nochmals erwähnenswert, dass es in naher Zukunft mit dem Neubau des Busbahnhofs, dem modernen DB-Bahnsteig, einer sanierten Rospestraße und der Ringstraße eine **nachhaltige Qualität der Mobilität** geben wird.

Dies gilt auch im Hinblick auf die optimale Verknüpfung des Steinmüllergeländes mit der bestehenden Innenstadt. Indem wir nun den Bahndamm an drei Stellen – nämlich in den Bereichen alte Vogtei, Kampstraße und Bahnhof - „knacken“, werden wir mit den bereits vorhandenen Verbindungen am Nordtor und über die Ringstraße im südlichen Bereich insgesamt fünf leistungsfähige Querungsmöglichkeiten anbieten.

Darüber hinaus wird bald mit dem Bau einer weiteren wichtigen Fußwegeverbindung begonnen. Vom Heiner-Brand-Platz im Süden der Schwalbe-Arena führt dann eine breite Treppenanlage hinauf zur Rospestraße auf das Ackermann-Areal und ermöglicht so eine kurze Anbindung des Steinmüllergeländes nach Westen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
der gemeinschaftliche Stadtumbau der Innenstadt zu einem attraktiven Wohn-, Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort bleibt eine wesentliche Zukunftsaufgabe der Stadtentwicklung. Dabei muss es nach Vollendung der wesentlichen Leuchtturmprojekte sowie sich verändernder Rahmenbedingungen (demografischer Wandel, verstärkter Trend „Zurück in die Innenstadt“, angespannte kommunale Haushaltssituation) auch darum gehen, die Bereiche **Stadtmarketing und Standortmarketing** neu auszurichten. Nur im verstärkten, gegebenenfalls auch organisatorischen Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Privaten werden wir die „**Marke Gummersbach**“ **erfolgreich positionieren** und die aufstrebende Stadtentwicklung der vergangenen Jahre kontinuierlich fortsetzen können. Dabei sollte uns die dialog- und bürgerorientierte Stadtplanung bei der nachhaltigen Revitalisierung des Steinmüllergeländes ein wegweisendes Vorbild sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
von Ludwig Erhard stammt der legendäre Satz: „**Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.**“

Am 15. Juni 2013 haben wir nach einjähriger Vorbereitungszeit eine in Gummersbach bislang einmalige Veranstaltung durchgeführt: den **Tag des offenen Gewerbeparks Sonnenberg**. Die dort ansässigen Firmen ABUS Kransysteme, Steinserv, Schroeder Valves, Ousta & Malcok, Aggerhydraulik und ZSM hatten

zusammen mit der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach und der städtischen Wirtschaftsförderung ein informatives, familienfreundliches Rahmenprogramm erstellt. Neben Betriebsführungen und Anschauungsmaterial gab es viele Erlebnisstationen für Jung und Alt. Rund 7.000 Besucher waren eine überwältigende Resonanz, zahlreiche Auszubildende und Fachkräfte konnten so für unsere Unternehmen gewonnen werden.

Die **Firma ABUS Kransysteme** plant 2014 übrigens im Gewerbepark Sonnenberg mit dem nächsten Bauabschnitt zu beginnen; diesbezügliche Abstimmungsgespräche mit der Verwaltung laufen.

Im Gewerbegebiet Windhagen-West hat die **Firma Flasche Hausbau GmbH** ca. 4.500 qm Erweiterungsfläche erworben, um den betrieblichen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die **Firma Gizeh Raucherbedarf GmbH** gerät nach elf Jahren an die Grenzen des verfügbaren Grundstücks. Verbunden mit der Übernahme der Brinkmann Tabakfabriken in Bremen zum 1.1.2015 ist auch eine Produktionsausweitung am Standort Windhagen-West geplant. Unsere Entwicklungsgesellschaft steht in enger Abstimmung mit der Geschäftsführung zur Erarbeitung eines entsprechenden Erweiterungskonzeptes.

Des Weiteren hat die in Marienheide ansässige **Firma Rosenthal Maschinenbau GmbH** ein ca. 8.000 qm großes Grundstück im Gewerbegebiet Windhagen-Ost erworben und wird sich im Jahr 2014 auf unser Gummersbacher Stadtgebiet ausdehnen.

Vor dem Hintergrund der restriktiven Flächenpolitik des Landes möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass wir bei Standort-sicherungsfragen und der Nachnutzung von Brachflächen verschiedentlich unterstützend tätig geworden sind. So haben wir nach dem Großbrand bei der **Firma Lennep Leuchten** im März dieses Jahres eine Umsiedlung des Unternehmens in die leerstehenden Betriebsgebäude der Firma Zapp in Gummersbach-Flaberg planungs- und genehmigungsrechtlich begleitet. Durch vorbildhaftes Zusammenwirken ist es uns gelungen, das renommierte Unternehmen am Standort Gummersbach zu halten! Die Übernahme des ehemaligen Standorts der Firma Eschmann Stahl in Gummersbach-Dieringhausen durch die **Dörrenberg Edelstahl GmbH** konnten wir ebenfalls baurechtlich begleiten. Die Firma Dörrenberg übernimmt damit in Gummersbach zusätzlich zum Standort in Engelskirchen ca. drei Hektar Gewerbefläche und wird den vorhandenen Gebäudebestand adäquat nutzen.

Wie diese Beispiele zeigen, bleibt der **Wirtschaftsstandort Gummersbach eine erstklassige Adresse** für unsere heimischen Unternehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
die **Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Außenorten nachhaltig zu stärken**, ist ein zentrales Anliegen von Rat und Verwaltung.

So haben wir uns beispielsweise am 8. Mai dieses Jahres mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus mehreren Außenorten im Rathaus getroffen, um gemeinsam das Thema **Breitbandversorgung** voranzubringen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass zwischenzeitlich für Kommunen im Stärkungspakt der Fördersatz auf 90 % angehoben wurde und erstmalig der Eigenanteil von 10 % über zweckgebundene Spenden nachgewiesen werden kann.

Im vergangenen Monat haben wir für die Stadtteile Herreshagen und Gummeroth einen entsprechenden Förderantrag gestellt, nachdem die hierfür erforderlichen Vorbedingungen – Bedarfsumfrage, Markterkundung, Auswahlverfahren – erfüllt wurden. Ich bin zuversichtlich, dass die beiden Ortschaften den ermittelten Eigenanteil von insgesamt ca. 7.700 EUR aufbringen und unser Antrag bewilligt wird. Für den Stadtteil Hardt-Hanfgarten bereiten wir die Antragstellung derzeit vor: Die Bedarfsumfrage wurde bereits ausgewertet, die Markterkundung durchgeführt; das Auswahlverfahren zur Ermittlung eines Anbieters soll noch in diesem Jahr gestartet werden.

Darüber hinaus werden wir weiterhin den Kontakt zu den verschiedenen Breitbandanbietern pflegen. Der beständige Fortschritt in der Entwicklung der verschiedenen Übertragungstechnologien birgt auch die Chance, dass durch verbesserte Techniken ein zuvor abgelehnter Ausbau nun doch wirtschaftlich vertretbar wird. Eine diesbezügliche Überprüfung durch die Anbieterfirmen regen wir immer wieder an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
eine **leistungsfähige, motivierte Freiwillige Feuerwehr** ist für unsere Heimatstadt von überragender Bedeutung.

Ich bin dem Rat außerordentlich dankbar dafür, dass in Gummersbach nie Feuerschutz nach Kassenlage betrieben worden ist, sondern die erforderlichen Investitionsmittel stets in den Haushalt eingestellt wurden. Der in der Ratssitzung am 24. Januar 2013 beschlossene Brandschutzbedarfsplan zeigt für die Jahre 2013 bis 2017 ein Investitionsvolumen von über 3,1 Mio. EUR auf, um den gesetzlich geforderten Feuer- und Brandschutz aufrecht zu erhalten. Auf die für das kommende Jahr vorgesehenen Investitionen bin ich bereits im ersten Teil meiner Rede eingegangen.

Wie ich in der Gesamtjahresdienstbesprechung unserer Freiwilligen Feuerwehr im Frühjahr bereist ausgeführt habe, muss unsere Feuerwehr über die Pflichtaufgaben der Stadt Gummersbach hinaus nachhaltig gefördert werden. Die Nachwuchswerbung bzw. Jugendarbeit, die Einsatzbereitschaft sowie die Kameradschaftspflege müssen unsererseits bestmöglich unterstützt werden, um so auch unsere hohe Wertschätzung insbesondere gegenüber den größtenteils ehrenamtlichen Einsatzkräften zu dokumentieren. Insoweit bereite ich derzeit - in enger Abstimmung mit der Wehrführung sowie den Zug- und Einheitsführern - die **Gründung eines Fördervereins** vor.

Ich hoffe, dass wir auf diesem Weg die Zukunftsfähigkeit unserer Freiwilligen Feuerwehr dauerhaft sicherstellen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
es freut mich sehr, dass wir im Bereich der **Kindertagesstätten** bei den U3-Plätzen die geforderte Ausbauquote von 35 % zum August dieses Jahres erreicht haben. Alle Kinder, die einen Platz benötigt haben, sind über Kindertagespflege und Plätze in Tageseinrichtungen versorgt worden - allen Unkenrufen zum Trotz gab es kein einziges Klageverfahren. Im Bereich der Tagespflege sind sogar noch Plätze für U3-Kinder frei. Erwartungsgemäß haben wir festgestellt, dass die Anfragen der Eltern sich eher in Richtung Kindertagesstättenplätze entwickeln. Deshalb wird der Ausbau dahingehend forciert. Im November geht der neue evangelische Kindergarten in Betrieb. 2014 werden zwei neue Kindertagesstätten fertig gestellt (Steinenbrück und katholischer KG Innenstadt); weitere Nachfragen können wir gegebenenfalls durch Anbauten in Niederseßmar und Windhagen befriedigen.

Unsere vielfältigen Bemühungen Familien frühzeitig Hilfeleistung zukommen zu lassen und das Bundeskinderschutzgesetz umzusetzen, finden in den Netzwerken „frühe Hilfen“, „Kinderarmut“ und „Kinderschutz“ ihren Niederschlag. Die Stadt erhält für diese Arbeit insgesamt ca. 50.000 EUR Fördermittel von Bund und Land. Unsere **Familienhebammen** besuchen

alle „neuen Erdenbürger“ und bieten deren Eltern im Bedarfsfall unbürokratisch Hilfen an.

**Präventive Hilfen** über unsere Integrationsfachkräfte und Schulsozialarbeiter, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes arbeiten, erreichen mittlerweile einen beträchtlichen Teil der betreffenden Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern in den Bildungseinrichtungen Kindergarten und Schule. Zahlreiche Projekte in den Grundschulen können so gefördert werden. Zusätzlich ist eine Nachhilfe-Landschaft entstanden, die sich sehen lassen kann und die unmittelbar dazu beiträgt, Teilhabe für Kinder mit Migrationshintergrund bzw. aus bildungsfernen Elternhäusern zu ermöglichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
nachdem der Rat am 30. April dieses Jahres den **Zusammenschluss unserer beiden Gymnasien** bei gleichzeitigem Einstieg in den Ganztags beschlossen hat, sind nun die Vorbereitungen auf den Stichtag 1. August 2014 umfangreich ange laufen: Wir wollen gemeinsam eine universell aufgestellte, attraktive Schule schaffen, um langfristig einen konkurrenzfähigen gymnasialen Standort in Gummersbach sicherzustellen. Während die Bewilligung des Ganztagsbetriebs durch die Bezirksregierung im Februar 2014 erwartet wird, liegt die Genehmigung zum Zusammenschluss der Gymnasien bereits vor.

Für die Stadt als Schulträger ergibt sich nunmehr die Aufgabe, den Zusammenschluss und den gebundenen Ganztagsbetrieb der Gymnasien mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Zwischenzeitlich haben die am Schulleben Beteiligten gemeinsam mit der Verwaltung ein Raumprogramm entwickelt, das sowohl einen Umbau vorhandener Räumlichkeiten im Gymnasium Moltkestraße wie auch den Neubau einer Schulmensa mit Betreuungsräumen am Gymnasium Grotenbach vorsieht.

Die erforderlichen Umbauten und anschließenden Ausstattungen im Gymnasium Moltkestraße sollen bis zum Schuljahresbeginn 2014/15 abgeschlossen sein. Die Fertigstellung der neuen Schulmensa ist für den Schuljahresbeginn 2015/16 vorgesehen. Die hierfür benötigte Fläche soll auf dem Schulgelände durch den Abriss der maroden Sporthalle in den Osterferien geschaffen werden.

Darüber hinaus wird die Stadt auf der Moltkestraße eine Querungshilfe zur Schulwegsicherung schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den nächsten Jahren gilt es zudem die Sanierung des Gebäudes unserer **Gesamtschule Derschlag** in Angriff zu nehmen. Dabei wollen wir die energetischen Untersuchungen in das Klimaschutzteilkonzept für kommunale Liegenschaften integrieren und die Kosten dafür weitgehend über Fördermittel decken. Ein entsprechender Antrag ist gestellt. Die Vorlage der insoweit geförderten Berechnungen erwarten wir für das erste Halbjahr

2014. Darauf aufbauend können die Baumaßnahmen erst im zweiten Halbjahr 2014 geplant und in 2015 begonnen werden. Gemeinsam wollen wir unsere Gesamtschule als überregionale, integrative Schule auch vom äußeren Erscheinungsbild her modern und ansprechend gestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
„den direkten Kontakt mit Bürgern und ihren Problemen fand ich immer spannend, das ist in der Kommunalverwaltung anders als im Ministerium. Das direkte Feedback ist sicher eine der schönsten Seiten am Bürgermeisteramt. Auch wenn man nicht alle Probleme sofort lösen kann, muss man auf die Bürger zugehen, ihnen zuhören und sie ernst nehmen, das trägt wesentlich zur Atmosphäre in einer Stadt bei. Nicht alles ist eine Frage des Geldes.“

Diese Sätze stammen aus dem ersten Interview, das ich Oberberg-Aktuell am 30. Juli 2003 gegeben habe.

Heute stelle ich mit großer Dankbarkeit fest, dass insbesondere der im Januar 2005 gestartete **„Verwaltungsvorstand vor Ort“** sich im besten Sinne als belebendes Element einer bürgernahen Verwaltung etabliert hat. Die in diesem Jahr bislang durchgeführten sechs Veranstaltungen (am 25. November findet noch der „VV vor Ort“ für die Innenstadt statt) wurden bereits von 680 Gummersbacherinnen und Gummersbachern besucht. Zu der Veranstaltung am 15. Oktober in Hardt-Hanfgarten erreichte mich gestern eine E-Mail, in der eine Strombacherin u. a. ausführte: „Aus meiner Sicht war es eine

durchaus informative Veranstaltung. Interessant, offen und vor allem nicht künstlich in die Länge gezogen. Sehr schön. Die Fragen, die ich gestellt hätte, wurden von allein angesprochen, also brauchte ich nur noch zuhören.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade auch im vorliegenden Zusammenhang möchte ich ausdrücklich betonen, dass wir nur als Einheit - Rat und Verwaltung gemeinsam - die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Wenn uns dies in den vergangenen Jahren insgesamt geglückt ist, sollte uns dies Ansporn und Verpflichtung zugleich sein.

Liebe Gummersbacherinnen und Gummersbacher,  
sehr verehrte Stadtverordnete,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Rathaus,

am 18. Oktober 2004 habe ich das Amt des Bürgermeisters der Stadt Gummersbach angetreten.

**Ich bin glücklich und dankbar, dass wir unsere Heimatstadt in allen wichtigen Bereichen kommunalen Lebens entscheidend vorangebracht haben.** Das gemeinsam Erreichte darf aber kein Ruhekitz sein - oder, um ausnahmsweise einmal Mao Tse-Tung zu zitieren: **„Wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie an der falschen Stelle.“** Unseren Aufstiegs- und Gestaltungswillen, den Mut zu notwendigen Veränderungen sowie die Fähigkeit zum Konsens bzw. Kompromiss: Diese Tugenden brauchen wir in den kommenden

Jahren mehr denn je. Wenn wir weiterhin den **„Gummersbacher Erfolgsweg“** auf der Grundlage einer vertrauensvollen und zielorientierten Zusammenarbeit parteiübergreifend beschreiten, dann werden wir die ausgezeichnete Entwicklung der vergangenen Jahre nachhaltig fortsetzen können.

Abschließend gilt mein aufrichtiger Dank zunächst Ihnen, sehr verehrte Stadtverordnete sowie allen Gummersbacherinnen und Gummersbachern für das in mich gesetzte Vertrauen und die vorbildhafte Unterstützung, die mir Kraft und Zuversicht gibt.

Von ganzem Herzen danke ich den vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die in vielfältiger Weise zum Wohle unserer Heimatstadt ehrenamtlich tätig sind: Ohne Ihr vorbildhaftes Engagement wäre unsere Gesellschaft ärmer und kälter!

Meinen Beigeordnetenkollegen und meinem Team im Rathaus danke ich sehr herzlich für eine exzellente Zusammenarbeit, die ich in den vergangenen neun Jahren – fachlich und menschlich gleichermaßen – als Bereicherung empfunden habe.

Ich wünsche uns allen einen konstruktiven Verlauf der diesjährigen Haushaltsberatung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!